

Diese Rede ist nicht für
Verfahren!

Anlage 3

Übersetzung aus dem Russischen

64

Rede des Genossen A. A. Gromyko

Diese Rede wurde nicht 55
als Signalamerale
und nicht für die
Verwendung

Verehrte Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, den ungarischen Freunden für den herzlichen Empfang, für die Gastfreundschaft und für die guten Bedingungen, die sie hier für unsere gemeinsame Arbeit geschaffen haben, zu danken. 65

Wir haben vor, die aktuellsten Fragen der internationalen Lage zu erörtern und einen Meinungsaustausch über unsere weiteren außenpolitischen Schritte zu führen.

Ich möchte sogleich feststellen, daß die in der Prager Politischen Deklaration und in der Gemeinsamen Erklärung des Moskauer Treffens getroffenen prinzipiellen Einschätzungen über die Perspektiven der Entwicklung der Lage in Europa und insgesamt in der Welt durch den Verlauf der Ereignisse vollauf bestätigt werden. Leider muß festgestellt werden, daß die Lage gefährlich bleibt. Die USA-Administration setzt nach wie vor auf militärische Stärke, auf die Erlangung der militärischen Überlegenheit und darauf, anderen Völkern ihre Ordnung aufzuzwingen.

Seien es die Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung oder das Problem der Beseitigung von Spannungsherden und militärischen Konflikten - das Weiße Haus lehnt hartnäckig die Zusammenarbeit und die Suche nach gemeinsamen annehmbaren Lösungen ab.

Besonders gefährlich ist der Kurs Washingtons auf die beschleunigte Realisierung immer neuer Programme zur Schaffung und Stationierung von Kernwaffen und anderen zerstörerischen Mitteln der Kriegführung.

Durch den Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa haben die USA die Verhandlungen sowohl zu den

strategischen Rüstungen als auch zu den nuklearen Rüstungen in Europa zum Scheitern gebracht. In dem Versuch, das entstandene Kräftegleichgewicht um jeden Preis zu zerstören, setzt Washington die Raketenstationierung fort.

Natürlich sind die Erklärungen des USA-Präsidenten und anderer amerikanischer Politiker über die Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen von uns nicht unbemerkt geblieben.

Aber was schlagen die Amerikaner zur Erörterung vor? Wir haben in ihren Worten zumindest eine geringste Andeutung darauf gesucht, daß sie endlich die Absicht haben, die Frage substantiell zu lösen. Darum ging es auch in unseren Gesprächen mit Shultz und dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Hartmann. Es stellte sich heraus, daß die amerikanischen führenden Persönlichkeiten nichts anderes im Sinn haben als den Wunsch, auch weiterhin zu versuchen, die Verhandlungen als Deckmantel für den Betrug der Menschen zu benutzen. Was ist dann also diese angebliche Bereitschaft wert?

Indes gibt es einen Weg zu Verhandlungen. Sobald die Vereinigten Staaten und die gemeinsam mit ihnen auftretenden anderen NATO-Länder Maßnahmen zur Wiederherstellung der Lage ergreifen, die vor Beginn der Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa bestand, wird es an der Sowjetunion nicht liegen.

Wendet man sich den anderen außerordentlich wichtigen Gebieten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu, dann zeigt sich, daß das diesbezügliche Herangehen der USA ebenfalls nicht aussichtsreich ist.

Zeugt nicht gerade davon das wahrlich ungeheure Programm des Wettrüstens im Weltraum, das der Präsident der USA gegenwärtig im Kongreß durchpeitscht? Glattweg schlagen sie ab, unsere Vorschläge über die Verhinderung der Militarisierung des

Weltraumes zu erörtern. Hier brauchen sie die Verhandlungen selbst als Deckmantel nicht.

Washington sabotiert auch den Abschluß einer Konvention über das vollständige Verbot der chemischen Waffen. In Worten versprechen sie, in Genf irgendwelche eigenen Vorschläge zu unterbreiten, in der Tat jedoch haben sie die Lösung des Problems gestoppt. Inzwischen - und daraus wird kein Geheimnis gemacht - wird in den USA die Erhöhung des ohnehin riesigen Potentials an chemischen Waffen aktiv betrieben, die sowohl auf dem amerikanischen Territorium als auch außerhalb seiner Grenzen stationiert werden.

Die USA lehnen es ab, an den Tisch der Verhandlungen über das allgemeine und vollständige Verbot der Kernwaffenversuche zurückzukehren. Mit einem Wort - sie wollen sich bei der weiteren Erneuerung und Vervollkommnung der nuklearen Rüstungen keinesfalls einschränken.

Nach dem Beginn der Raketenstationierung in Europa trat Reagan von Zeit zu Zeit mit Erklärungen auf, in denen plötzlich Töne von Friedensliebe zu vernehmen waren. Wir prüfen natürlich aufmerksam alle derartigen Äußerungen des Präsidenten und seiner Berater. Leider muß festgestellt werden, daß es in ihnen nichts Konstruktives gibt.

Es genügt, die Aufrufe Washingtons zum Dialog mit seinen konkreten Taten zu vergleichen - und das ist das einzig wahre Kriterium in der Politik - und alles rückt an seinen Platz. Die Worte des Präsidenten sind Tarnung, zeugen von dem Bestreben, die Öffentlichkeit irrezuführen und seine eigenen Verbündeten zu beruhigen.

Und zeigt sich etwa nicht die gleiche Großmachtmacht, das gleiche Streben nach Herrschaft in jenen Aktionen der USA, die sie Tausende von Kilometern vom eigenen Territorium entfernt unternehmen? Welche Region der Welt man auch nimmt - den Nahen Osten, Mittelamerika und die Karibik, den Süden Afrikas, Südostasien -

die amerikanische Administration realisiert Aggressionen entweder über ihre Strohleute oder setzt ihre eigenen Streitkräfte zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker ein. Die Lage ist auch hier sonnenklar.

Zieht man die Schlußfolgerung aus dem über die Politik der gegenwärtigen USA-Administration Gesagten, so ist darin kein Lichtblick zu erkennen. Die Gefahren des abenteuerlichen militaristischen Kurses Washingtons werden ganz und gar nicht geringer.

Bedeutet das aber, daß die ungünstige Tendenz der Entwicklung der Lage in der Welt unumkehrbar ist? Wir meinen, daß es keinen Grund für eine solche Schlußfolgerung gibt. Es bestehen nachteilvolle einflußreiche Faktoren, die dem aggressiven Kurs des Imperialismus entgegenwirken, wobei ihre Rolle unter den gegenwärtigen Bedingungen immer spürbarer wird.

Natürlich ist der Hauptfaktor nach wie vor die Politik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, die den Grundinteressen der gesamten Menschheit entspricht. Konsequenz und Prinzipienfestigkeit, klare Ziele und Realismus sichern ihr die Unterstützung der breitesten Massen.

Erstmals zeigen sich derartig aktiv unter der Öffentlichkeit in Westeuropa und in den USA Stimmungen gegen die Raketen und gegen den Krieg. In Regierungskreisen Washingtons, Bonns, Roms und anderer Hauptstädte ist man jetzt zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Anti-Raketen- und Antikriegsbewegung ein Faktor ist, mit dem man rechnen muß.

Unter dem Einfluß der Antikriegsbewegung entfaltet sich um die mit den Raketen verbundenen Fragen ein außerordentlich scharfer politischer Kampf, der in die herrschenden Kreise einer Reihe westlicher Länder Beunruhigung und Schwankungen hineinträgt. Das Raketenabenteuer der USA verurteilen gegenwärtig auch einflußreiche politische Parteien und angesehenere

Persönlichkeiten westlicher Länder,

Selbst unter denjenigen, die mit der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses irgendwelche illusorischen Hoffnungen verbanden, beginnt sich eine Art Einsicht abzuzeichnen. Immer mehr Menschen, darunter auch in den Vereinigten Staaten von Amerika selbst, sehen jetzt nach den Gegenmaßnahmen der Sowjetunion und anderer Länder des Warschauer Vertrages deutlicher, daß die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten keinerlei militärisch-strategische Überlegenheit, keinerlei politische Vorteile erlangt haben. Im Gegenteil, die Instabilität, die die nukleare Gefahr vergrößert, richtet sich gegen diejenigen, die sie selbst geschaffen haben.

Gegen die Versuche der USA, sich in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker einzumischen und ihnen ihren Willen zu diktieren, wenden sich die nichtpaktgebundenen Staaten. Der mutige Widerstand der patriotischen Kräfte in Libanon und El Salvador zeigt, daß die Völker, die sich zum Kampf um ihr Recht auf unabhängige Entwicklung und sozialen Fortschritt erhoben haben, nicht bezwungen werden können. Der Kurs der aggressiven Kreise des Imperialismus auf Anwendung von Gewalt bringt immer häufiger Rückschläge und funktioniert nicht.

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß die USA auf Tagungen der UN-Vollversammlung und auf anderen internationalen Foren immer häufiger in der Isolierung sind, allein oder lediglich in Gesellschaft Israels oder der RSA gegen solche Fragen wie die Lage im Nahen Osten, die Entkolonialisierung und der Kampf gegen Rassismus und Apartheid stimmen. Das gleiche Bild zeigt sich zuweilen auch in der UN-Menschenrechtskommission. Das zeugt nicht nur davon, daß viele Länder den Kurs Reagans nicht akzeptieren, sondern auch von dem Bestreben einer Reihe von Staaten des Westens, einschließlich der engsten Verbündeten der USA, sich zu einem ziemlich breiten Spektrum von Fragen von ihnen zu distanzieren.

Die gegenwärtige internationale Lage erfordert in größerem Maße als bisher Konsequenz bei der Durchführung des von unseren Parteien vereinbarten außenpolitischen Kurses. Und das bedeutet, Ausdauer zu zeigen, bei der Verteidigung der Lebensinteressen der sozialistischen Gemeinschaft standhaft zu sein und jeglichen Versuchen, uns von den prinzipiellen Grundlagen unserer Positionen abzubringen, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Das bedeutet natürlich zugleich, an die Lösung der herangereiften Probleme konstruktiv und flexibel heranzugehen.

Gerade ein solches Herangehen an die Lösung der aktuellsten internationalen Probleme demonstriert vor aller Welt die Sowjetunion im engen Kontakt mit ihren Freunden und Verbündeten. Darin liegt der Sinn unserer wohlbekannten Vorschläge. Sie sind darauf gerichtet, das Wettrüsten zu zügeln, zur Entspannung zurückzukehren, die europäische und internationale Sicherheit zu festigen.

Von diesen Positionen gehen wir auch an die Stockholmer Konferenz heran, deren Arbeit die Aufmerksamkeit der europäischen und Weltöffentlichkeit auf sich gezogen hat.

Dieses Forum entsprang der Initiative der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die wir im Mai 1979 hier, in Budapest, unterbreiteten. Seit jener Zeit haben wir alle beträchtlich gearbeitet, damit die Stockholmer Konferenz ihre Verhandlungen aufnimmt.

Unsere Länder haben auf dieser Konferenz große aktuelle Fragen aufgeworfen, die sich auf die gemeinsamen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Prag und auf dem Treffen in Moskau unterbreiteten Initiativen gründen.

Der Vorschlag, daß sich die Kernwaffenmächte verpflichten, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, und der Vorschlag

zum Abschluß eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen haben eine Anziehungskraft, sie haben sozusagen im politischen Denken der internationalen Öffentlichkeit Wurzeln geschlagen.

Und wenn die Teilnehmer des NATO-Blockes einer Erörterung des Vorschlages zum Verzicht auf die Erstanwendung von Kernwaffen ausweichen, müssen sie offen zu erkennen geben, daß sich ihre militärischen Konzeptionen auf die Zulässigkeit eines Kernwaffenkrieges und auf Pläne, in einem solchen Krieg den Sieg zu erringen, gründen. Welches demagogische Geschrei die NATO-Führer auch anstimmen mögen - und dessen befehligen sie sich besonders im Zusammenhang mit dem kürzlichen 35jährigen Jahrestag ihres Blockes -, sein Wesen bleibt nach wie vor aggressiv. Es ist wichtig, die Arbeit im Zusammenhang mit diesem unserem Vorschlag unermüdlich fortzusetzen.

Unter den heutigen Bedingungen wird die Idee des Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt immer aktueller, und wir haben die Möglichkeit, die westlichen Partner zu bewegen, konstruktiv auf den Vertragsvorschlag zu reagieren.

Vereinbarungsgemäß haben wir auf unserer Tagung die Aufgabe, einen Appell an die NATO-Länder bezüglich des Vertrages anzunehmen. In diesem Dokument kommt präzise das Wesen des Vorschlages zum Ausdruck und wird der Gedanke unterbreitet, zum Stadium der multilateralen Erörterung überzugehen.

Es ist erforderlich, gründlich zu arbeiten, damit der neue Impuls, den der Appell vermittelt, dazu genutzt wird, unsere Initiative praktisch mit Leben zu erfüllen.

Allerdings werden wir uns neben den großangelegten politischen Vorschlägen in Stockholm auch mit anderen, insbesondere

ergänzenden vertrauensbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet in Weiterentwicklung der entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki befassen.

Ich möchte Ihnen einige Gedanken zur Position der westlichen Teilnehmer mitteilen, wie sie in der ersten Runde der Konferenz zutage getreten ist.

Uns allen sind das von den NATO-Ländern unterbreitete Dokument und die Reden ihrer Repräsentanten bekannt. Man versucht, uns die Konzeption der sogenannten Transparenz aufzuzwingen. Darin kommt eine alte amerikanische Idee zum Vorschein, nämlich möglichst viel über die Streitkräfte der Sowjetunion und der anderen Länder des Warschauer Vertrages auszukundschaften und hierbei die USA in eine privilegierte Situation zu bringen.

Ein solches einseitiges Herangehen ist für uns natürlich unannehmbar. Es zeugt davon, daß in diesem Stadium die NATO-Länder keine sachbezogene Diskussion anstreben.

Die Neutralen treten auf wie gewöhnlich. In dem von ihnen vorgelegten Dokument findet sich der Stempel der Einwirkung unserer konstruktiven Aktionen, doch sichtbar ist eine deutliche Hinwendung zu den militärtechnischen Maßnahmen, auf denen die NATO besteht. Mit den Neutralen muß energisch gearbeitet werden. Wir haben Erfahrungen mit einer solchen Arbeit.

Unser konkretes Vorgehen in den nachfolgenden Etappen der Konferenz, einschließlich der Fragen der Taktik, wird noch mehrmals erörtert werden müssen.

Ich möchte die Gewißheit zum Ausdruck bringen, daß die verbündeten sozialistischen Länder in Stockholm abgestimmt und koordiniert handeln werden, indem sie in enger Tuchfühlung die Bemühungen verstärken, die notwendig sind, damit auf diesem Forum Beschlüsse angenommen werden, die unserer abgestimmten Linie der Festigung

und Verankerung der Errungenschaften der Entspannung entsprechen.

In den Verhandlungen in Wien, wo wir im Sommer vorigen Jahres unsere neuen Vorschläge unterbreiteten, haben wir im Grunde genommen die Möglichkeiten der westlichen Teilnehmer ernsthaft eingeschränkt, ein Zahlenspiel zu treiben, mit dessen Hilfe sie die Verhandlungen eine lange Zeit hindurch blockiert hatten. Es ist in allen Dingen zu spüren, daß die führenden Kreise der NATO-Länder vor einem Dilemma stehen: Sie können sich nicht länger in Schweigen hüllen, sondern müssen eine Antwort geben, doch sie haben nicht den Wunsch, die Position des Blockierens aufzugeben und das Zahlenspiel zu beenden.

Jetzt treffen aus verschiedenen Hauptstädten der NATO-Länder Meldungen ein, wonach man dort irgendwelche neuen Vorschläge vorbereitet, doch sich nicht über den Umfang der Veränderungen an der bisherigen Position einig werden kann. Nun, wir haben unsere Vorschläge unterbreitet, jetzt sind die westlichen Teilnehmer am Zuge.

Im Zeitraum seit unserer letzten Tagung haben die verbündeten Länder eine große Arbeit geleistet, um auch die anderen gemeinsamen Initiativen voranzubringen, die in der Prager Politischen Deklaration unterbreitet und dann im Auftrag des Politischen Beratenden Ausschusses weiterentwickelt und konkretisiert worden sind. Das sind vor allem der Vorschlag zur Befreiung Europas von chemischen Waffen und der Vorschlag zur Nichterhöhung und Kürzung der Militärausgaben. Beide Vorschläge haben breite Aufmerksamkeit gefunden und Interesse durch ihre Konkretheit hervorgerufen.

Immer mehr an Bedeutung gewinnt die Abrüstungskonferenz in Genf. Durch die Schuld des Westens tritt die Arbeit dieses Forums bisher im wesentlichen auf der Stelle. Doch unsere Länder haben dort große, wichtige Fragen aufgeworfen. Nehmen wir z.B. das Dokument über die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, die Vorschläge

zur Unterbindung der Militarisierung des Kosmos und zum Verbot der chemischen Waffen.

Auf dieser Konferenz haben die sozialistischen Länder gute Möglichkeiten für ein aktives gemeinsames Auftreten. Und hier gilt es, zielstrebig und abgestimmt vorzugehen.

Im Zusammenhang mit den zur Erörterung stehenden Problemen messen wir dem von K. U. Tschernenko unterbreiteten Vorschlag große Bedeutung bei, wonach in den Beziehungen zwischen den Kernwaffennächten bestimmte Normen eingeführt werden sollen, die sich aus den wichtigsten Aufgaben der Festigung des Weltfriedens ergeben. Er gibt in gedrängter, konzentrierter Form das Wesen all dessen wieder, was wir zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe vorschlagen und vertreten.

Wir erwarten, daß die Kernwaffennächte ernsthaft und sachlich an unseren Vorschlag herangehen. Wir werden ihn geduldig und fundiert erläutern und ihn der breiten Öffentlichkeit und den politischen Kreisen im Westen bewußt machen.

Aus verständlichen Gründen messen wir den Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern nach wie vor Bedeutung bei.

Mit dem Beginn der Raketenstationierung haben es Reagan und die Führer anderer NATO-Länder nicht an schönen Worten fehlen lassen, um das Nichtbeweisbare zu beweisen, nämlich, daß in Europa alles beim alten, wenn nicht besser, sei.

Wir haben diesbezüglich eine andere Meinung, nämlich, daß eine gefährliche Mine unter das europäische Haus gelegt wurde. Das Auftauchen von Raketen, die für einen Erstschlag gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder bestimmt sind, fördern natürlich nicht die Entspannung und das Gedeihen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Ost und West.

Bei all dem wurden die Beziehungen zwischen den Staaten auf dem europäischen Kontinent nicht abgebrochen, sie werden aufrechterhalten. Es erhebt sich jedoch die Frage, wie unter den neuen Bedingungen an sie heranzugehen ist.

Natürlich haben sich unsere Beziehungen zur BRD kompliziert. Wir erklären der Regierung Kohl unumwunden, daß sie ihren Teil der Verantwortung für das Auftauchen amerikanischer Erstschlagswaffen vor unserer Haustür zu tragen hat. Wir sagen, daß das von uns entsprechend gewertet wird und dem Zustand der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen einen stark negativen Stempel aufdrückt.

Jedoch besteht unsere Aufgabe offensichtlich nicht nur in der Feststellung dieser Tatsache. Sie ist bedeutend schwieriger und umfassender und muß unserer Meinung nach vor allem dem entschlossenen Kampf gegen die militaristischen Kreise der USA und der NATO in Westeuropa untergeordnet sein.

Unter Ausnutzung unseres gesamten Arsenal politischer, diplomatischer und propagandistischer Mittel müssen wir darauf hinwirken, daß sich nicht nur die westdeutsche Öffentlichkeit, sondern auch die Regierung Kohl dessen bewußt werden, daß sich mit der Verwandlung der BRD in eine Quelle direkter Gefahr für die sozialistischen Staaten ihre eigene Sicherheit unvermeidlich vermindert. Deshalb liegt es auch im Interesse der BRD selbst, in den Fragen der Sicherheit, der Rüstungsbegrenzung und der Verhinderung eines nuklearen Konflikts realistische, konstruktive Positionen zu beziehen und auf ihren Hauptverbündeten - die USA - zügelnd einzuwirken.

Wir haben nicht die Absicht, in Extreme zu verfallen. Es geht nicht darum, alle unsere Beziehungen zur BRD abzubauen - das würde nur den USA und der NATO in die Hände spielen.

Es geht um etwas anderes. In unseren Kontakten mit der BRD werden wir unverändert die Fragen der Sicherheit in den Vordergrund stellen und das Schwergewicht auf die Notwendigkeit legen, die Raketenstationierung zu stoppen und die bereits stationierten Raketen abzubauen.

In diesem Sinne beabsichtigen wir auch die Gespräche mit Außenminister H.D. Gonscher während seines bevorstehenden Besuches in der Sowjetunion im Mai dieses Jahres zu führen. Es ist natürlich wichtig, auch denjenigen Kräften in der BRD Aufmerksamkeit zu widmen, die die Stationierung der amerikanischen Raketen verurteilen und nach einem Ausweg aus der entstandenen Situation suchen. Eigentlich tun wir das alle.

Die Zustimmung Großbritanniens zur Stationierung der amerikanischen Raketen auf seinem Territorium mußte sich ebenfalls negativ auf unsere Beziehungen mit diesem Land auswirken.

Zugleich sehen wir, daß in letzter Zeit auch in den Aktionen der britischen Regierung Besorgnis über die Schritte, in die die USA ihre Verbündeten hineinziehen, zu spüren ist. Aus London begann man den Wunsch zu signalisieren, die Beziehungen zur Sowjetunion ein wenig zu aktivieren. Uns ist natürlich klar, daß die Regierung Großbritanniens die öffentliche Meinung ihres Landes beruhigen und die Antikernwaffenbewegung dämpfen möchte.

Jedoch verzichteten wir auch mit den Briten nicht auf das Gespräch. Vor kurzem befand sich auf ihre Einladung der erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, G.M. Kornienko, in London. In den Gesprächen, darunter mit Außenminister Howe, bekräftigte er mit aller Bestimmtheit die Position der Sowjetunion in bezug auf Verhandlungen über nukleare Rüstungen und wies alle Versuche, sie in irgendeiner Weise zu entstellen, entschieden zurück.

- 13 -

Anfang Juli wird Minister Howe in Moskau sein, und wir werden diese Möglichkeit nicht versäumen, auf die Ansichten der britischen Führung einzuwirken.

Im gleichen Sinne werden wir auch mit den Italienern arbeiten. Zu diesem Zweck werden wir insbesondere den Besuch des Außenministers Italiens, Andreotti, nutzen.

Über die Beziehungen zu Frankreich. Wir erhielten eine Botschaft Mitterrands, in der er seinen Wunsch bekundet, bei der Verbesserung der gegenwärtigen internationalen Lage eine gewisse Rolle zu spielen und seine Bereitschaft zum Ausdruck bringt, das im Zusammenwirken mit uns zu tun. Der französische Präsident sprach sich dafür aus, in nächster Zukunft der Sowjetunion einen Besuch abzustatten.

Wir haben dazu unsere Zustimmung erteilt. In der Sowjetunion verschließt man natürlich nicht die Augen davor, daß die Tendenz des Abrückens von jener insgesamt selbständigen Linie, die Frankreich bisher verfolgte, bestehen bleibt. Das ist daraus zu ersehen, wie der jüngste Besuch Mitterrands in den USA verlief.

Wenn jedoch die Franzosen tatsächlich in irgendeiner Weise zur Minderung der Spannungen und zur Wiederherstellung sachlicher Kontakte zu Hauptfragen in den Beziehungen zwischen Ost und West beitragen wollen, dann werden wir das natürlich begrüßen.

Kurz einiges über unsere Einschätzung der Lage in einer Reihe explosiver Gebiete.

Am akutesten ist nach wie vor der Nahostkonflikt. Ein wichtiges Moment in der Entwicklung der Ereignisse im Nahen Osten war in der letzten Zeit der erzwungene Abzug der multinationalen Streitkräfte aus Libanon. Das ist eine ernste Niederlage in der Politik der USA und jener Verbündeten, die deren

bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten dieses Landes unterstützt.

In Libanon gelingt es den Vereinigten Staaten nicht, sich zu etablieren. Jene Politiker, auf die sie gesetzt hatten, erfüllten die Erwartungen nicht und konnten der Lage nicht Herr werden. Sie vermochten nicht, die national-patriotischen Kräfte zu unterdrücken.

Andererseits unterschätzten die Amerikaner offenkundig jene Faktoren, die gegen ihre Einmischung in Nahen Osten wirken, insbesondere die Standhaftigkeit Syriens, der Abteilungen des nationalen Widerstandes in Libanon und nicht zuletzt die Kraft unseres Einflusses in dieser Region.

Ergebnis der Fehlkalkulationen der USA war die weitere Diskreditierung der Camp David-Politik, des berüchtigten "Reagan-Plans". Wir meinen den Rücktritt Libanons von dem von den Amerikanern aufgezwungenen Abkommen mit Israel. Das ist natürlich ein ernster Schlag gegen die Politik der Aggression und des Abenteuerertums, die die amerikanische Administration im Nahen Osten betreibt. Davon zeugt auch die scharfe Kritik an der Nahostpolitik der USA, die Jordanien gegenwärtig übt.

Im übrigen vergeht die Zeit, und den Amerikanern gelingt es nicht nur nicht, neue arabische Länder in die Camp David-Sphäre hineinzuziehen, sondern auch diese Politik selbst beginnt ernste Risse aufzuweisen. Spürbar ist die Verwirrung auch in Israel.

Wir verschließen natürlich nicht die Augen davor, daß die Amerikaner nicht die Absicht haben, sich mit dem abzufinden, was gegenwärtig im Libanon vor sich geht. Darüber sprechen sie ganz offen. Die USA wollen ihre Positionen in diesem Land

nicht aufgeben, und Israel geht durchaus nicht von seinen aggressiven Plänen ab.

Und so ist die Gefahr neuer bewaffneter Zusammenstöße in dieser Region durchaus nicht vorüber.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der Erfolg des Widerstandes gegen die amerikanische Politik im Nahen Osten noch größer wäre, gäbe es nicht die Unstimmigkeit in der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Die scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen Arafat und einigen anderen Führern dieser Organisation und besonders die feindseligen Beziehungen, die zwischen Arafat und den Syrern entstanden sind, schwächen die Rolle der Palästinenser in den Nahostangelegenheiten.

Um den Erfolg zu mehren, der im Kampf der antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten erzielt wurde, werden wir Syrien, das Objekt des wachsenden Drucks seitens der USA und Israels ist, auch künftig entschlossene und allseitige Unterstützung gewähren.

Es ist wichtig, die progressiven und befreundeten arabischen Länder zu veranlassen, eine größere Abgestimmtheit in ihren Aktionen anzustreben, die Wiederherstellung der Einheit der PLO zu unterstützen, ihre Rolle als aktiver Faktor des Widerstandes gegen die Aggression in dieser Region zu stärken und die Regelung der Beziehungen der Palästinenser mit Syrien zu fördern.

Unsere Politik in bezug auf den Nahen Osten ^{ist,} wie auch bisher, darauf gerichtet, hier Gerechtigkeit, Frieden und Ruhe herzustellen. Der Weg zur Erreichung dieses Zieles, den wir gewählt haben, ist richtig. Es geht um die Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO bei Beteiligung aller interessierten Seiten.

Wir werden unseren Kurs weiter fortsetzen und mit all denen arbeiten, von denen die Realisierung der Idee der Konferenz abhängt. Hier kann jedes verbündete Land seinen Beitrag leisten.

Ich möchte sagen, daß wir vor kurzem vom Präsidenten Israels, Herzog, einen Vorschlag zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel erhalten haben. Solche Vorstöße seitens Israels gab es auch früher.

Unsere prinzipielle Haltung gegenüber Israel bleibt konsequent. Die Sowjetunion ist nicht gegen die Existenz Israels als Staat, und sie ist bereit, mit ihm normale Beziehungen zu unterhalten, jedoch ist dazu erforderlich, daß Israel von seiner aggressiven Expansionspolitik Abstand nimmt.

Doch in den Handlungen der herrschenden Kreise Israels gibt es nach wie vor nichts, was von der Absicht zeugen würde, von der Aggression gegen die arabischen Völker abzulassen. Das Schreiben des israelischen Präsidenten ließen wir unbeantwortet.

Einen immer gefährlicheren Charakter nehmen die Versuche der USA an, ihre militärische Präsenz in der Golf-Region auszubauen und zu festigen und dabei den iranisch-irakischen Krieg als Vorwand zu benutzen. Wir verschließen nicht die Augen vor diesen Aktionen der USA und entlarven entschieden ihre Umtriebe.

Was den eigentlichen Konflikt betrifft, so ist die Position der Sowjetunion diesbezüglich sehr gut bekannt. Diesen Krieg brauchen nicht die Völker Irans und Iraks, sondern nur jene, die daran interessiert sind, die antiimperialistische Bewegung im Nahen und Mittleren Osten zu untergraben und dort einen akuten Spannungsherd aufrechtzuerhalten.

Die Lage in Mittelamerika und in der Karibik spitzt sich weiter zu. Die Vereinigten Staaten verstärken ihren Druck auf Nikaragua und die patriotischen Kräfte El Salvadors und erweitern ihre militärische Präsenz in dieser Region. Wenn hierbei früher Gewaltaktionen von ihnen hauptsächlich mit Hilfe ihrer Marionetten unternommen wurden, so ist jetzt Washington in verstärktem Maße direkt daran beteiligt.

Wir aktivieren die Entlarvung der USA-Politik in Mittelamerika und in der Karibik, wir bemühen uns, einen breiten Kreis von Staaten und politischen Kräften so mobilisieren, die zu Recht ihre Empörung darüber zum Ausdruck bringen, wie schamlos Washington hier die elementaren Normen des Völkerrechts, das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt mit Füßen tritt und im Grunde genommen einen Staatsterrorismus praktiziert. Wir setzen auch die Arbeit fort, die die Aggression der USA gegen Grenada entlarvt.

Die allseitige Hilfe für Kuba, den ersten sozialistischen Staat in der westlichen Hemisphäre, die entschlossene Unterstützung für seinen holdenhaften Kampf gegen den ständigen Druck seitens der USA waren und bleiben unsere unabänderlichen Ziele.

Ich glaube, wir alle verstehen, daß es notwendig ist, den sich verstärkenden Kampf der Völker dieser Region gegen den Imperialismus konsequent und unbeirrt zu unterstützen.

Die Manöver der USA im Süden Afrikas, die als friedensstiftend ausgegeben werden, sind ein weiterer Versuch, die Stellung der USA in diesem Gebiet der Welt aufzubessern und die allgemeinen Positionen der USA in der internationalen Arena zu festigen.

Die USA und die RSA haben dies natürlich nicht deshalb unternommen, um günstige Bedingungen für den Kampf der Afrikaner

für ihr Recht zu schaffen, ihren eigenen Entwicklungsweg zu beschreiten, oder um die schnellstmögliche Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia zu fördern.

Die Vereinbarungen Mocambiques und Angolas mit der RSA, die nicht ohne Beteiligung der USA erzielt wurden, bringen einige neue Momente ein. Die führenden Repräsentanten sowohl Angolas als auch Mocambiques und die Führer der in dieser Region wirkenden Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung erklären, daß sie ihre prinzipiellen Positionen nicht opfern werden. Und das ist wesentlich.

In Kontakten mit den Führern Angolas, Mocambiques und anderer "Frontstaaten" verweisen wir darauf, daß die RSA nicht ihre Ziele aufgeben wird, die Nachbarländer ihrem Einfluß zu unterwerfen.

Wir sind natürlich für eine Lösung der Probleme des südlichen Afrikas durch politische Mittel unter strikter Beachtung der legitimen Interessen der Afrikaner.

Die Sowjetunion wird Angola und Mocambique auf der Grundlage der Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit diesen Ländern auch weiterhin allseitige Hilfe und Unterstützung leisten.

Wir stehen nach wie vor fest auf der Position der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen des südlichen Afrikas, der Regelung der Namibiafrage, des Kampfes der Afrikaner gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Apartheid und Rassismus.

Ich möchte die Gewißheit zum Ausdruck bringen, daß die verbündeten sozialistischen Länder, wenn sie gemeinsam handeln, Angola und Mocambique in vielerlei Hinsicht helfen können, den Umtrieben der USA und der RSA zu widerstehen und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

- 19 -

Wie gewöhnlich, möchten wir über unsere Beziehungen zu China informieren. Die politischen Konsultationen mit der chinesischen Seite, die im Oktober 1982 begonnen haben, werden fortgesetzt. In der kürzlich beendeten vierten Konsultationsrunde bestanden die chinesischen Vertreter weiterhin auf unannehmbaren Forderungen, die die Interessen Vietnams, Kampuchreas, der Mongolei und Afghanistans berühren.

Ogleich die Konsultationen auch diesmal nicht zu irgendwelchen spürbaren Fortschritten geführt haben, werden wir sie nicht einstellen. Im Oktober wird in Peking die nächste Runde stattfinden.

Die Führung der VR China belebt die Beziehungen zu uns auf solchen Gebieten wie Handel, wissenschaftlich-technischer und kultureller Austausch, Sport- und andere Beziehungen. In diesem Jahr wird eine gewisse Steigerung des sowjetisch-chinesischen Warenaustausches erwartet. Auf Einladung der Regierung der VR China wird Mitte Mai der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, I.W. Archipow, China einen offiziellen Besuch abstatten, um Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit zu erörtern. Wie sich die Chinesen in diesen Verhandlungen verhalten werden, ist schwer zu sagen.

Wir haben alle darauf verwiesen, daß die Verhandlungen in Peking mit dem Ministerpräsidenten Japans, Nakasone, in Zeichen der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion bestanden haben. Man kann auch vom bevorstehenden Besuch Reagans in China kaum etwas anderes erwarten. Bis jetzt ist bei der chinesischen Führung kein Wunsch zu erkennen, den Weg der Wiederherstellung der Beziehungen der guten Nachbarschaft mit unserem Land einzuschlagen.

Die prinzipielle Position der Sowjetunion ist unverändert. Wir sind nach wie vor für die Fortsetzung des sachbezogenen

- 20 -

und nützlichen politischen Dialogs mit China auf realistischer Grundlage, für eine Anhebung der Kontaktebene, wenn dies natürlich für beide Seiten annehmbar ist.

Werte Genossen!

Die Analyse der Entwicklung der internationalen Angelegenheiten, besonders der Lage in Europa, läßt ein weiteres Mal die Schlußfolgerung zu: Unter den heutigen Bedingungen der Verschärfung der Spannungen, der Verstärkung der Auseinandersetzung zwischen beiden sozialen Systemen ist es absolut notwendig, unsere Einheit weiter zu festigen und die Wirksamkeit des gemeinsamen Vorgehens der verbündeten sozialistischen Länder in der internationalen Arena zu erhöhen. Das ist, wenn Sie so wollen, ein Gebot unserer Zeit. Jetzt hängt sehr viel für alle davon ab, wie jedes sozialistische Land diesem Gebot in seiner Politik nachkommt.

In diesem Lichte gewinnt die weitere Tätigkeit unseres politischen und Verteidigungsbündnisses - des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand - besonders an Bedeutung. Unser Bündnisvertrag ist in der Tat das Hauptinstrument für die gemeinsame Ausarbeitung und Durchführung unserer gemeinsamen außenpolitischen Strategie. Im Zusammenhang mit dem Ablauf der Gültigkeitsdauer des Warschauer Vertrages im nächsten Jahr, die in Artikel 11 festgelegt ist, sind Maßnahmen zu seiner Verlängerung zu ergreifen.

Im Namen der sowjetischen Führung möchte ich der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik Polen für die rechtzeitige und ausgesprochen sachgemäße Unterbreitung einer entsprechenden Initiative aufrichtig und herzlich Dank sagen.

Die Sowjetunion unterstützt die Initiative der polnischen Genossen sowohl substantiell als auch in ihrem organisa-

torischen Aspekt. Wir wären bereit - und wir haben dazu die erforderlichen Vollmachten -, bereits auf dieser Tagung des Außenministerkomitees entsprechende praktische vorbereitende Schritte zu vereinbaren.

Das ist unsere gemeinsame Sache, ihre Bedeutung ist gewaltig, und wir müssen ohne Zeitverlust handeln. Lassen Sie mich die Gewißheit zum Ausdruck bringen, daß eine solche Position von allen sozialistischen Ländern eingenommen wird, die im Rahmen des Warschauer Vertrages ihre Anstrengungen im Kampf um die Lösung der historischen Aufgabe, der Verhinderung einer nuklearen Katastrophe, der Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt, vereint haben.